



Zeitzeugen

Bedarfsplanung der Krankenhäuser - Verzögerung bei Datenerfassung für Grundlagen-Gutachten (Landtag 4/99)

Bedarfsplanung der Krankenhäuser

Verzögerung bei Datenerfassung für Grundlagen-Gutachten

Erneut hat sich die Krankenhausplanung verzögert. Auf Nachfrage der Liberalen erklärte Gesundheitsministerin Heide Moser (SPD) im Landtag, daß sie sich als endgültigen Ablieferungstermin für das Gutachten jetzt den 1. April 2000 vorstelle.

Die Verschiebung erklärte sie mit dem bundesweit einmaligen Verfahren und technischen Problemen. Dem Gutachter lägen bisher erst 270.000 der erforderlichen 500.000 anonymisierten und fallbezogenen Datensätze vor. Komplette Meldungen hatten Ende

März nur 34 der insgesamt 95 beteiligten Krankenhäuser abgegeben. Ziel der Großaktion ist es, den Bedarf für akutstationäre Klinikbehandlungen im Land festzustellen. Neu an dem Verfahren ist, daß es sich an Leistungen statt an der Bettenzahl orientiert.

Mit der Verzögerung des Gutachtens verschiebt sich auch die Vorlage des Krankenhausplans. Hier nannte Frau Moser als neuen Termin den Herbst 2000. Mit Blick auf das Gutachten erklärte die Ministerin, daß ein neues Verfahren immer Risiken berge. Es sei aber wert, diese Risiken zu tragen,

„weil dabei etwas Vernünftiges und bundesweit Nachahmenswertes herauskommt“. Die F.D.P.-Abgeordnete Christel Aschmoneit-Lücke, die den liberalen Berichtsantrag begründet hatte, akzeptierte die Erklärung, zeigte sich aber sehr enttäuscht über die erneute Verzögerung.

Eine Fehlplanung können und wollen wir uns nicht leisten, sagte die SPD-Abgeordnete Roswitha Müllerwiebus. Gründlichkeit gehe vor Schnelligkeit. Dagegen traut die CDU der Ministerin nicht. Er glaube, „daß wir hier vertröstet werden sollen“, meinte der Unionsabgeordnete Uwe Eichelberg. Seine Vermutung: Die Diskussion um mögliche Schließungen von Kliniken soll nicht in den Landtagswahlkampf fallen. Dies wiesen die Ministerin und die Grünen-Abgeordnete Monika Heinold zurück. Sie forderte die CDU auf, sich lieber in den Kliniken um eine Ablieferung der Datensätze zu bemühen.

Den Bericht der Gesundheitsministerin nahm der Landtag einstimmig zur Kenntnis. ■